

# I. Anmeldung

TOP: 5.0

**Kommission für Integration**  
**Sitzungsdatum 05.07.2018**  
**öffentlich**

**Betreff:**

**Aktualisiertes Konzept der Medizinischen Fachstelle für Flüchtlinge mit Fachstelle Trauma des Gesundheitsamtes der Stadt Nürnberg**  
**hier: Beschluss des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung vom 17.10.2017**

**Anlagen:**

Sachverhaltsdarstellung  
 Diversity Check  
 Beschluss des Nürnberger Rates für Integration und Zuwanderung vom 17.10.2017  
 Stellungnahme des Integrationsrates

**Bisherige Beratungsfolge:**

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
Gesundheits-ausschuss	21.06.2018	☒	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesundheits-ausschuss	27.03.2017	☒	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Sachverhalt (kurz):**

Der Schwerpunkt der Aufgaben der Medizinischen Fachstelle für Flüchtlinge mit Fachstelle Trauma hat sich zunehmend in Richtung Handling der vielfältigen psychischen Problematiken und Erkrankungen der Menschen, die schon etwas länger in Deutschland sind, verlagert. Das Konzept der Fachstelle inkl. der personellen Ressourcen wurde entsprechend angepasst. Das Angebot der Fachstelle umfasst in Bezug auf Klienten/-innen mit psychischen Erkrankungen das Angebot von ärztlichen Erstgesprächen im Sinn eines Clearings durch das muttersprachliche medizinische Team, weiteren ärztlichen stützenden muttersprachlichen Gesprächen über das Erstgespräch hinaus sowie die „Übermittlung“ an die Fachstelle Trauma für die psychiatrische Diagnostik und Empfehlungen hinsichtlich medikamentöser Therapie und Psychotherapie. Bei der psychiatrischen Untersuchung erfolgt häufig eine kultur- (und sprach-) vermittelnde Unterstützung durch das muttersprachliche medizinische Team, Durchführung von Einzelspsychotherapien durch externe Psychotherapeuten, welche eng mit der Fachstelle zusammenarbeiten und Teilnahme an Stabilisierungsgruppen. Die bis Ende 12/20 beantragte personelle Besetzung der Fachstelle umfasst 2,5 VK Stellen Ärzte, 2,0 Stellen MFA, 2,0 VK Stellen Verwaltung und somit 6,5 VK Stellen von ursprünglich 11 VK Stellen. Neben den Aufgaben im Bereich psychische Erkrankungen werden auch die allgemeinmedizinischen Aufgaben der Fachstelle beschrieben. Zur medizinischen Versorgung der Flüchtlinge siehe auch den Beschluss des Rates für Integration und Zuwanderung vom 17.10.2017 in der Anlage.

Die Vorlage wird in der Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses am 21.06.2018 (TOP 3) behandelt werden. Eine Stellungnahme des Rates für Integration und Zuwanderung zu dieser Vorlage wird nachgereicht.

**Beschluss-/Gutachtenvorschlag:**  
entfällt, da Bericht

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

**Gesamtkosten**

€

**Folgekosten**

€ pro Jahr

dauerhaft     nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**

(mit Ref. II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Sachkostenbudget der Fachstelle wird im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2019 geklärt. Personalkostenrefinanzierung geändert bei Fristverlängerung der beantragten Stellen

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
  - Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
  - Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von \_\_\_\_\_ Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
  - Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

**2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:  
Antrag auf Fristverlängerung für 5,5 Stellen gestellt.

**3. Diversity-Relevanz:**

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:  
s. Anlage

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- 
- 
- 

II. **Herrn OBM**

III. **Herrn Ref. III**

Nürnberg, 08.06.2018  
Referat für Umwelt und Gesundheit

(4977)